



# Thüringer Kommunen: niedrigste Steuerkraft

**DIE LINKE fordert seit Jahren eine Reform der Finanzverfassung**

**Bis 2019 werden die Thüringer Kommunen nach der jüngsten Novembersteuerschätzung 2014 mit Steuermehreinnahmen von rund 322 Millionen Euro rechnen können. Dies ist eine Steigerung von fast 20 Prozent.**

2014 werden die Thüringer Kommunen nach der Prognose 1.368 Millionen Euro an Steuern einnehmen. Gemessen an den Gesamtausgaben von über fünf Milliarden Euro ist dies jedoch immer noch eine sehr geringe Steuerquote. Im bundesweiten Vergleich haben die Thüringer Kommunen die noch geringste Steuerkraft. Umso größer ist ihre Abhängigkeit vom Land.

Das Land ist verfassungsrechtlich verpflichtet, die Steuerschwäche der Kommunen durch höhere Landeszuweisungen auszugleichen. Die kommunalen Steuern sind in großem Maße von der Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung abhängig. Und weil das Einkommens- und Wirtschaftsniveau in Thüringen im bundesweiten Vergleich noch unterdurchschnittlich ist, sind auch die kommunalen Steuereinnahmen entsprechend gering.

Die wichtigste Steuereinnahme ist die Gewerbesteuer. Sie ist sehr stark gewinnorientiert. Nur jedes sechste Unternehmen zahlt Gewerbesteuer. Die meisten dieser Unternehmen sind

kleine und mittelständische Unternehmen mit 50 bis 500 Beschäftigten. Es folgt der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer. 15 Prozent der Lohnsteuer bleibt in der Gemeinde, in der der Steuerpflichtige wohnt.

Die Grundsteuer bringt rund 220 Millionen Euro in die Gemeindekassen. Über diese Steuer werden die Verkehrswerte der Immobilien besteuert. Die Grundsteuer müssen sowohl die Hauseigentümer als auch die Mieterinnen und Mieter zahlen. Rund vier Prozent der Betriebskosten entfallen auf die Grundsteuer. Auf Bundesebene wird derzeit über eine Reform der Grundsteuer diskutiert. Der Bundesfinanzhof hat die bisherigen Berechnungsgrundlagen für die Grundsteuer verworfen. Wann es zu Neuregelungen kommt, ist aber bisher offen.

Eine weitere kommunale Steuer ist der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer. Hier haben aber die Gemeinden keine Einflussmöglichkeiten. Die Gemeinden erheben zudem eine ganze Reihe von so genannten Aufwands- und Verbrauchssteuern. Hierzu gehören u.a. die Hundesteuer, die Vergnügungssteuer oder die Zweitwohnungs- und Bettensteuer für Übernachtungen. Die Landkreise haben im Übrigen keine eigenen Steuereinnahmen. Sie erheben stattdessen von den kreisangehörigen Gemeinden eine so genannte

Kreisumlage. DIE LINKE fordert seit Jahren eine Reform der Finanzverfassung, um so u.a. die Steuerkraft der Kommunen zu stärken. Jedoch kann eine solche Reform nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Die Länder sind über den Bundesrat beteiligt. Die Kommunen werden jedoch nur angehört.

2007 gab es den letzten Versuch, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu ordnen. Der damalige so genannte „Lübecker Konvent“ ist jedoch vollständig gescheitert. Der Egoismus des Bundes und der Länder ließ keinen Raum für zusätzliche Steuereinnahmen der Kommunen. Es gab nur ein ganz kleines Zugeständnis an die Kommunen: der Bund und die Länder entlasteten die Unternehmen bei der Körperschafts- und veranlagten Einkommenssteuer, um so den Gemeinden größere Möglichkeiten für höhere Gewerbesteuererinnahmen zu eröffnen. Von diesen Möglichkeiten machten die Thüringer Gemeinden bisher nur mäßigen Gebrauch.

Solange eine solche Reform auf Bundesebene nicht umgesetzt ist, muss das Land über den kommunalen Finanzausgleich eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sichern.

*MdL Frank Kuschel* ■

**Lieberknecht gegenüber der TA:  
„Neuwahlen schließen wir aus“**

Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht lehnt eine Neuwahl im Fall eines Scheiterns der rot-rot-grünen Koalitionsverhandlungen ab. Wenn Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow nicht wie geplant zum neuen Regierungschef gewählt werden sollte, bleibe die bisherige Landesregierung geschäftsführend im Amt, sagte die CDU-Politikerin der „Thüringer Allgemeinen“ (Ausgabe vom 13. November).

„Die CDU hat dann die Aufgabe, nach Mehrheiten für eine stabile Regierung zu suchen. Neuwahlen schließen wir aus. Diese können auch nicht gegen den Willen der Union beschlossen werden“, stellte Lieberknecht klar. „Ich stehe weiter zur Verfügung, als Ministerpräsidentin eine Koalition der Mitte zu bilden, damit Thüringen nicht vom linken Rand her regiert wird“, sagte sie weiter.

Zuletzt hatten Kollegen aus ihrer eigenen Partei den Druck auf Lieberknecht erhöht. Die Vizevorsitzende der Landtagsfraktion Christina Tasch forderte sie offen zum Rückzug von der Landesspitze der Partei auf und brachte Fraktionschef Mike Mohring als Nachfolger ins Spiel. Ähnlich äußerte sich der Landesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) Gerd Albrecht.

*(siehe auch Beitrag unten)* ■

## Chaos in CDU wächst - Neben Lieberknecht wird auch Mohring demontiert

**Den Verlust der Regierungsmacht vor Augen, brechen in der CDU Thüringen seit langem schwelende Konflikte mit brutaler Gewalt auf. Im Fokus: die Landesvorsitzende Christine Lieberknecht – aber inzwischen auch ihr größter innerparteilicher Feind, der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring.**

Offene Rücktrittsforderungen sind in der CDU Thüringen nicht gerade populär. Man liebt den Schein, den Eindruck von völliger Geschlossenheit, der mit der Rigorosität einer Kaderpartei zelebriert wird. Doch nach dem gemessenen am Wahlziel äußerst schwachen Abschneiden bei der Landtagswahl, der Absage der SPD an eine Fortführung des gemeinsamen Bündnisses und dem Beginn von Verhandlungen einer Reformkoalition aus Linker, SPD und Grünen wird nach 24 Jahren der Verlust der Regierungsmacht immer wahrscheinlicher. Auch innerparteiliche

Rücksichten werden jetzt in der CDU nicht mehr genommen.

Neben einigen Kreisfunktionären preschte die stellvertretende Landtagsfraktionsvorsitzende Christina Tasch vor, um Lieberknecht als vermeintlich Hauptverantwortliche für die derzeitige Situation aufzufordern, den Verzicht auf den CDU-Landesvorsitz zu erklären.

**Mike Mohring agiert immer aggressiver**

Tasch gehört zu einer konservativen Seilschaft um den Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring, man fühlt sich neben der Organisation von dessen weiterem Aufstieg auch dem früheren Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Dieter Althaus verpflichtet, den Lieberknecht 2009 unsanft aus dem Rennen drängte, um überhaupt eine Koalition mit der SPD bilden zu können. In der CDU gilt Lieberknecht ihren Fein-

den als zu liberal. Sie selbst wirkt zudem schon seit Jahren extrem entscheidungsschwach. Nach der eigenen politischen Zukunft befragt, äußerte sie jetzt, diese hänge davon ab, ob Rot-Rot-Grün eine Regierung bilde – also nur von externen Faktoren.

Eine aktive Strategie – Fehlanzeige. Selbst die Rochade ihres Vertrauten Christian Carius vom Bauministerium ins Präsidentenamt des Landtags, wohl als eine Art Befreiungsschlag in Form der innerparteilichen Erbregelung gedacht, wurde in der Öffentlichkeit ganz anders aufgefasst – nämlich als Kapitulation der CDU bei der Regierungsbildung.

Mike Mohring wiederum, dem vom rechten Flügel der Parteivorsitz angefragt wird, dürfte sich mit einer stärkeren Hinwendung zu rechtskonservativen Positionen wohl verkalkuliert haben. Wo immer er bei dieser politischen Akzentverschiebung eine Landnahme für die CDU reklamieren will,

wird, wie in der Fabel von Hase und Igel, der rechtspopulistische AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke schon da sein. Dieses Rennen kann die CDU nicht gewinnen. Sie läuft in ernste Gefahr, zwischen einer neuen Reformregierung und der AfD in die Klemme zu geraten.

Zumal auch Mohring selbst in der eigenen Fraktion nicht mehr unumstritten ist. Der Abgeordnete Stefan Gruhner warf seinem Vorsitzenden vor, der habe „das Klima zu unserem Koalitionspartner systematisch vergiftet“ – und machte also Mohring für die Entscheidung der SPD verantwortlich.

Während sich Generalsekretär Mario Voigt, als Generalsekretär eigentlich qua Amt der Wadenbeiher der Partei, zurückhält, agiert Mohring immer aggressiver. Damit vergiftet er aus Eigennutz das politische Klima in Thüringen.

*Stefan Wogawa* ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### „Die Geschichte ist nicht schwarz-weiß“

„Über die Unmöglichkeit, die DDR auf ein Wort zu reduzieren“, lautet die Überschrift eines Textes von Bodo Ramelow zum 9. November, nachzulesen im Internet unter [www.bodo-ramelow.de](http://www.bodo-ramelow.de) (Tagebuch, 8. November). Darin heißt es u.a.: „Mehr Demokratie wagen, heißt, souverän mit der eigenen Geschichte umgehen und auch die Punkte bearbeiten, die schmerzen. Integrieren in unser Leben können wir sie aber nur, wenn wir sie bearbeiten und nicht, wenn wir sie tabuisieren. Dazu zählt auch der Hinweis, dass ein zweiter Dank angemessen ist. Der erste Dank gilt all den Mutigen, die sich 1989 aufgemacht haben, ihr Land zu verändern. Sie waren der Motor der friedlichen Revolution. Sie haben das tödliche Grenzregime zu seinem Ende geführt und die friedliche Öffnung erreicht. Diese Leistung ist singulär. Es sollte aber auch gewürdigt werden, dass auf der anderen Seite auch Menschen standen, die friedlich ihre Waffen abgaben. Auch sie hatten ihren Anteil daran, dass es keine Eskalation gab. Die Geschichte ist nicht schwarz-weiß.“ ■

### Steckbriefdrohung: Anzeige erstattet

In Reaktion auf einen an sie gerichteten Drohbrief hat die Abgeordnete der Linksfraktion, Kati Grund, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Erfurt erstattet. „Es ist erschreckend, dass die Einschüchterungsversuche gegen LINKE-Abgeordnete kein Ende nehmen“, sagte Kati Grund. Sie hatte ein Kuvert mit einem Steckbrief über die Hauspost des Thüringer Landtags erhalten. Das Schreiben mit der Überschrift „dead or alive“ enthält ein Foto von ihr und setzt ein Kopfgeld aus.

„Noch dazu“, so Kati Grund weiter, „werde ich in diesem Steckbrief auch als ‚Esther Sarah Grund‘ bezeichnet, was eindeutig antisemitisch ist“. Es ist schockierend, in welcher Art und Weise in den letzten Tagen, Wochen und Monaten versucht wird, Druck auf LINKE-Politiker auszuüben - gelockerte Radmuttern, zerstoehene Reifen, Drohanrufe und -briefe. Vielfach war ein rechtsextremer Hintergrund nachzuweisen oder wahrscheinlich. „Wir werden uns von solchen Angriffen nicht einschüchtern lassen und bleiben bei unserer konsequenten Haltung gegen Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus. Gleichzeitig widmen wir uns mit ganzer Kraft den wichtigen Zukunftsaufgaben und damit auch dem Wähler-Auftrag, uns für eine konsequent soziale, ökologische und gerechte Politik einzusetzen“, erklärte Kati Grund. ■

# Der 9. November - Erinnerung und Mahnung

**Anlässlich des 9. November als Jahrestag bedeutender Ereignisse der deutschen Geschichte erinnerte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Der 9. November ist ein schicksalsträchtiger Tag - ein Jahrestag zum Freuen, zum Nachdenken und zum Trauern. Vor 25 Jahren feierten die Menschen die Öffnung der Mauer und damit die Überwindung der Teilung Europas in zwei feindliche Blöcke. Doch wir sollten nicht vergessen, dass der 9. November auch für immer mit der Reichspogromnacht 1938 verbunden ist.“**

Vor 76 Jahren haben die Feuerwehren den Befehl erhalten, brennende Häuser nicht zu löschen und die Polizei die Order, schwerste Straftaten zu dulden. Menschen sind überfallen, viele von ihnen misshandelt und ermordet worden. Dies alles nur, weil sie jüdischen Glaubens waren oder jüdische Wurzeln hatten und die Häuser ihre Wohnungen, Geschäfte und Synagogen waren.

„Dass aktuell in Deutschland massiv und öffentlich gegen Ausländer und Muslime gehetzt wird, wie kürzlich in Köln, entsetzt mich. Und dass vor dem Hintergrund kriegerischer Auseinandersetzungen im Nahen Osten antisemitische Überzeugungen da und dort wieder offen propagiert werden, macht

tief betroffen. Eine aktive und selbstbewusste Gegenwehr aller Demokraten ist und bleibt notwendig“, mahnte Bodo Ramelow. Der Fall der Mauer sei „neben dem Anlass zur Freude gleichzeitig Verpflichtung, den Frieden und die Einheit Europas zu wahren und sich für eine friedliche Konfliktlösung in allen Teilen der Welt einzusetzen“.

Am 9. November hatten Bodo Ramelow und die Landesvorsitzende Mdl

Susanne Hennig-Wellsow an der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht auf dem Jüdischen Friedhof in Erfurt teilgenommen. Gleichzeitig waren Vertreter der LINKEN, unter ihnen Margit Jung, Landtagsvizepräsidentin, bei der Veranstaltung in Vacha, wo des 25. Jahrestags des Mauerfalls gedacht wurde. Die LINKE-Fraktion bekennt sich zur Verantwortung, die aus den beiden Jahrestagen erwächst. ■



## Weiterer NSU-Untersuchungsausschuss vereinbart

**Anlässlich des 4. November, des 3. Jahrestages der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), erklärte Katharina König, ehemalige Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:**

„Drei Jahre warten die Opferangehörigen auf Antworten, warum ihr Vater, ihr Bruder, ihr Ehemann oder auch ihre Tochter sterben mussten. Mit der Arbeit und dem Abschlussbericht des Thüringer Untersuchungsausschusses ist viel notwendige Aufklärungsarbeit geleistet worden, gleichzeitig sind jedoch mehrere Fragenkomplexe offen geblieben, welche einen weiteren NSU-Untersuchungsausschuss notwendig machen“, so Katharina König.

Während deutschlandweit bisher eine Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bundesuntersuchungsausschuss versäumt wurde, stellt sich Thüringen der Verantwortung: In den Sondierungsgesprächen zwischen DIE LINKE, SPD und B90/DIE GRÜNEN wurde neben der Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses vereinbart, aufgrund der besonderen Verantwortung des Freistaates für die Entstehung des Terrornetzwerkes und den Fehlern bei der Fahndung, die Umset-

zung der Folgerungen aus dem Thüringer Abschlussbericht zur Aufgabe der gesamten Landesregierung und Querschnittsaufgabe aller Behörden unter Rot-Rot-Grün zu machen. „Nach wie vor mangelt es an der Bereitschaft zu notwendigen Konsequenzen in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik. Der Versuch, die Zeugenvernehmung des ehemaligen V-Mannes Carsten Szepanski aus dem NSU-Umfeld im Münchener NSU-Prozess zu verhindern, hat in diesen Tagen erneut gezeigt, dass die Taktik ‚Quellenschutz vor Aufklärung‘ nach wie vor bei den Nachrichtendiensten verhaftet ist. Hier gilt es langfristig, einen Mentalitätswechsel zu erreichen. Thüringen könnte hier erneut eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen“, sagte die LINKE-Abgeordnete.

Katharina König verwies außerdem darauf, dass der bisherige Prozessverlauf am Oberlandesgericht München gezeigt habe, „dass die Aufklärung des Unterstützernetzwerkes des NSU eine viel zu geringe Rolle einnimmt. Umso mehr könnte es auch die Aufgabe eines neuen Thüringer Untersuchungsausschusses sein, dieses Netzwerk jenseits vom Kerntrio noch stärker unter die Lupe zu nehmen“. Festzustellen sei außerdem, dass es auch nach drei Jahren Ermittlungs- und Aufklärungsar-

beit in vielen Behörden nach wie vor an einer notwendigen Sensibilisierung im Bereich rassistischer Gewalt fehle, wie die jüngsten Beispiele einer Fehlentwicklung der „HoGeSa“-Proteste in Hamburg sowie der Umgang mit Opfern von rassistischer Gewalt zeigen.

„Es ist erschreckend, dass im Jahr 2014 rassistische Demonstrationen, wie vor wenigen Tagen in Köln, stattfinden und es weiterhin fast tagtäglich zu Übergriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund kommt“, betonte die Landespolitikerin.

Katharina König hatte bei ihrer Presseerklärung außerdem auf die im Rahmen einer bundesweiten Gedenk-Aktion zeitgleich stattgefundenen Umbenennungen von Straßen nach den Opfern der NSU-Mordserie hingewiesen und unterstrichen: „Es ist notwendig, den Namen der Opfer der Mordserie und Betroffenen der rassistisch motivierten Sprengstoffanschläge Raum zu geben und ihre Geschichten zu thematisieren.“ Es sei daher nur folgerichtig, dass es unter einer neuen rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und Angehörigen zu einer dauerhaften Stätte der Erinnerung und Mahnung für die Opfer des NSU-Terrors in Thüringen kommen werde. ■

# Beim Dispo schlagen Kreditinstitute richtig zu

**MdL Diana Skibbe zur Verantwortung auch für den finanziellen Verbraucherschutz**

**Der Weltspartag - in Deutschland am 30. Oktober begangen - ist Anlass, auf grundsätzliche Probleme des finanziellen Verbraucherschutzes und der Verteilungsgerechtigkeit hinzuweisen. Mit gerade 0,05 Prozent ist der Zinssatz, zu dem sich die Banken bei der Europäischen Zentralbank Geld leihen, so niedrig wie nie. Geht es aber um die Zinsen für die Inanspruchnahme des Dispos bzw. bei geduldeten Überziehungen schlagen die Kreditinstitute richtig zu.**

Gerade die Thüringer Sparkassen sind hier keineswegs zurückhaltend gegenüber ihren Kunden. Der Dispozinssatz beträgt hier elf und zwölf Prozent, während der Überziehungszinssatz zwischen 14 und 16 Prozent liegt. Auf Kosten der schwächsten Verbraucher wird eine enorme Gewinnspanne erwirtschaftet, die selbst im günstigsten Fall bei dem Zweihundertfachen des Leitzinses liegt.

Wir wiederholen deshalb nachdrücklich unsere Forderung nach einer gesetzlichen Deckelung der Dispozinsen auf fünf Prozent über dem Basiszinssatz. Dass dieser Ansatz auch realistisch ist, beweist das Beispiel einer Thüringer VR-Bank (Volksbank & Raiffeisenbank), die ihren Mitgliedern einen Dispo-Zinssatz von sechs Prozent anbietet.

## Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander

Die LINKE wird auf jeden Fall an der Problematik dranbleiben, damit für die Thüringer Sparkassenkunden verbraucherfreundlichere Regelungen zur Anwendung kommen. Das fehlerhafte Grundkonstrukt des Geldvermögens ergibt sich aber aus der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich. Hier sei auf eini-

ge Fakten hingewiesen: Nach der Vermögensbilanz der Bundesbank betrug das Nettogeldvermögen der Deutschen zum 30.09.13 3,5 Billionen Euro. Davon besitzen die obersten 0,1 Prozent der Haushalte im Durchschnitt ein Nettogeldvermögen von 19,3 Millionen Euro; sie allein können über soviel Geld verfügen wie 85 Prozent der übrigen Haushalte.

Die 40.000 wohlhabendsten Haushalte Deutschlands - darunter 123 Milliarden und über eine Million Millionäre - besitzen mehr als 770 Milliarden Euro; damit nennen sie dreimal so viel ihr Eigenes als die „ärmeren“ 32 Millionen deutscher Haushalte. Thüringen ist an dieser Entwicklung „nur“ mit 70 Einkommensmillionären beteiligt, deren Jahreseinkommen 2010 durchschnittlich 1,74 Millionen Euro betrug. Die untersten 20 Prozent der deutschen Haushalte sind im Schnitt „Besitzer“ eines negativen Geldvermögens von rd. 12.000 Euro. Nach Angaben des Paritätischen Gesamtverbandes hat Deutschland eine Armutsquote von 15,2 Prozent.

Die Ungleichheit wird verfestigt und weiter ausgebaut. Jeder zehnte Erwachsene gilt als überschuldet. Zu dieser Entwicklung hat auch enorm beigetragen, dass ab den neunziger Jahren jede Bundesregierung eifrig bemüht war, das „scheue Reh“ Kapital zu hätscheln und gleichzeitig Sozialstandards herunterzuschrauben, Reallöhne zu senken. So wurde 1997 die Vermögenssteuer ausgesetzt und die Gewerbeertragssteuer abgeschafft. Die Ver-



äußerungsgewinne für Unternehmensanteile an Kapitalgesellschaften wurden 2002 für steuerfrei erklärt und 2005 der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt. 2008 wurde die Körperschaftsteuer von 25 auf 15 Prozent reduziert und Kapitalerträge werden nur noch pauschal mit 25 Prozent besteuert. Damit wird nach Gewerkschaftsberechnungen auf jährlich bis zu 75 Milliarden Euro Haushaltseinnahmen des Staates verzichtet.

## Normale Sparanlagen faktisch ohne Guthabenzinsen

Arme Haushalte (untere 20 Prozent) haben im Durchschnitt 600 Euro auf Giro- und 650 Euro auf Sparkonten, aber auch eine durchschnittliche Kreditbelastung von 5.300 Euro, zum Großteil in Anspruch genommene Dispos. Dass diese mit immens hohen Zinsen belegt sind, ist geradezu pervers.

Bei normalen Sparanlagen oder auch Girokonten gibt es faktisch keine Guthabenzinsen bzw. bleiben diese weit hinter der Inflationsrate zurück. Die Kontoführungsgebühren sind aber gerade bei niedrigen Geldeingängen unverhältnismäßig hoch.

An dieser Stelle muss auch daran erinnert werden, dass nach Berechnungen der Europäischen Kommission über 600.000 Menschen in Deutschland kein Girokonto besitzen und für sie deshalb jede Geldtransaktion aufwändig ist und auch unverhältnismäßig teuer bezahlt werden muss.

Das Markenzeichen der LINKEN ist Gerechtigkeit. Wir stehen deshalb bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung auch für den finanziellen Verbraucherschutz. Die Bandbreite reicht von der Regelung angemessener Dispozinsen bis hin zur Stärkung der Verbraucherzentralen. ■

## VON A BIS Z:

### Zehn Jahre Hartz IV

**Zehn Jahre nach der Hartz-IV-Reform ist die Bilanz verheerend, so betonte jetzt im Deutschlandradio Kultur der Politologe Christoph Butterwegge. Er sagte am 17. 11. u.a.:**

Hartz IV war ein Reifall. Was rot-grüne Reformpolitik an Wirtschaftsaufschwung und Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bewirkte, hielt sich in Grenzen. Gemessen daran aber war der Preis viel zu hoch, den das Land und besonders seine unterprivilegierten Bewohner bis heute zahlen müssen. In keinem anderen Industriestaat wucherte der Niedriglohnssektor so krebszellenartig wie hierzulande. Viele Berufstätige haben kein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mehr, das ihnen Schutz vor elementaren Lebensrisiken bieten würde. Wenn dieser jedoch gegeben ist, leisten sie vielfach Leiharbeit oder Zwangsteilzeit.

Das Gesamtarbeitsvolumen der Volkswirtschaft wurde seit der Jahrtausendwende nicht etwa vermehrt, sondern nur anders verteilt, genauer: aufgespalten in vielfach prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

In sozialer Hinsicht wirkte die Reformpolitik verheerend. Da die Reallöhne vor allem im unteren Einkommensbereich zum Teil drastisch gesunken sind und die Lohnquote auf einen historischen Tiefstand gefallen ist, können sich immer mehr Familien immer weniger von dem leisten, was der Mehrheit in unserem reichen Land als normal gilt. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Wahl des neuen Thüringer Ministerpräsidenten:

Die mit großer Spannung erwartete Landtagssitzung zur Wahl des neuen Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow findet aller Wahrscheinlichkeit nach am Freitag, den 5. Dezember, statt.

Die endgültige Entscheidung über Termin und Uhrzeit trifft der Ältestenrat des Landtags, der nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Parlamentsreports tagen wird.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Kita-Plätze

Knapp 3.000 Kita-Plätze sind in den letzten zwei Jahren in Thüringen entstanden oder gesichert worden. Dafür wurden allein aus dem Bundesprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 14,8 Millionen Euro investiert, meldete der MDR. Damit sei das Programm in Thüringen komplett ausgeschöpft worden. Dennoch wird es für einzelne Kommunen schwierig, genügend Plätze bereitzustellen. Die Betreuungsangebote sind beispielsweise in Bad Frankenhausen schon jetzt bis zum Sommer 2015 komplett ausgebucht. Der Bad Frankenhäuser Bürgermeister Matthias Strejc sagte dem MDR Thüringen, wenn jetzt noch Eltern kurzfristig einen Platz bräuchten, müssten sie an umliegenden Dörfern vermittelt werden. ■

## Fluthilfe

Die von der Hochwasserflut im Juni vorigen Jahres betroffenen Thüringer Kommunen haben für ihre Einsätze Finanzhilfen in einem Umfang von 16 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds beantragt. Wie das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr mitteilte, wurden bislang insgesamt 237 Anträge gestellt. Aus dem erst im Sommer dieses Jahres aufgelegten Fonds in Höhe von 17,6 Millionen Euro für Thüringen können u.a. Einsatzkosten der Rettungsdienste und Schäden durch Starkregen beglichen werden. In Thüringen wurden bislang 109 Millionen Euro Fluthilfe für Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen bewilligt. Anträge sind noch bis Mitte 2015 möglich. ■

## Ausstellung

Noch bis zum 28. November zeigt der Landtag im Zwischengang zum Fraktionsgebäude die Ausstellung „Gesichter der Friedlichen Revolution“ mit Fotografien von Dirk Vogel. Sehr persönlich porträtiert wurden 63 Menschen, die an verschiedenen Orten in der DDR für demokratische Verhältnisse eingetreten sind und den Weg zur Einheit mitgestalteten. Der Dortmunder Fotograf Dirk Vogel besuchte 2009 die Protagonisten der politischen Wende von 1989. Die Schwarzweiß-Porträts zeigen die Akteure von damals an Orten ihrer Wahl und werden von biografischen Texten prominenter Autoren flankiert. Die Ausstellung ist außer an Plenartagen werktags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Thüringer Landtag zu sehen. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Gespräch mit Waldbesitzerverband

Nach einem Gespräch am 13. November mit Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, hat Uwe Szpöt, Vorstand Waldbesitzerverband für Thüringen e.V., folgende Presseinformation dazu herausgegeben:

Der Waldbesitzerverband für Thüringen e.V. hatte zu den laufenden Koalitionsverhandlungen eine Stellungnahme an die Verhandlungsführer/Fraktionsvorsitzenden der verhandelnden Parteien versandt und darin die eigene Position dargestellt und Bedenken zu einigen geplanten Maßnahmen geäußert. Kurzfristig konnte ein Gesprächstermin vereinbart werden, den für den Waldbesitzerverband das Mitglied des Präsidiums Uwe Szpöt wahrnahm.

In dem Gespräch zeigte sich Herr Ramelow sehr offen für einen direkten Dialog. Bis ins Detail in-



formiert über bestehende und zukünftige Probleme warb er für pragmatische Lösungsansätze. Auf die Sorgen der Waldbesitzer bzgl. der Enteignung privater Grundstücke zugunsten des Naturschutzes antwortete er: „Ich sehe dafür keinerlei Notwendigkeit. Das einzige Grundstück, das in Thüringen enteignet gehört, ist das Schloss Reinhardsbrunn.“

Weitere Themenfelder waren die Möglichkeit für Windkraft im Wald und die Mobilisierung derzeit nicht bewirtschafteter, privater Waldflächen. Hier bestand Einigkeit, dass dies Maßnahmen sind, die der Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe dienen. Herr Ramelow stellte nochmals klar, dass er „Thüringenforst“ als Anstalt öffentlichen Rechts mit den dazugehörigen Strukturen als Betrieb ansieht, der auch Gewinne abwerfen muss und er hier keinen Bedarf für Veränderungen sieht. „Wald ist für Herrn Ramelow Chefsache, so mein Eindruck,“ berichtete Uwe Szpöt. Dem Wunsch von Herrn Ramelow, die Gespräche fortzuführen, wird der Verband gern nachkommen.

Presseinformation von Uwe Szpöt, Vorstand Waldbesitzerverband für Thüringen e.V. ■

# Gegen sogenannte SGB II-Vereinfachungen

„Erwerbslosenarbeit gut gemacht“ war der Titel einer Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V. (KOPOFOR) gemeinsam mit dem Bündnis SozialTransFair Weimar und der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 8. November im Kulturzentrum mon ami in Weimar.

Den Hauptteil der Weimarer Veranstaltung mit Seminarcharakter bestritt der Sozialreferent Harald Thomé (Tacheles e.V., Wuppertal). Seine Themen waren das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung und daraus abgeleitete Handlungslinien im kommunalen Bereich, die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vereinfachung des passiven Leistungsrechts



im SGB II sowie die Kosten der Unterkunft. Anlässlich dieser Veranstaltung haben sich Betroffene und Initiativen zu gemeinsamen Aktionen gegen die drohenden Verschärfungen bei Hartz IV im Rahmen der so genannten „SGB II-Rechtsvereinfachungen“ verständigt. Dazu hatte Ina Leukefeld, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt: „Es ist wichtig, dass die Betroffenen mit ihren Vereinen und Verbänden zusammenstehen und diesem neuen Vorstoß der Rechtsverschärfung entgegenreten. Meine Soli-

darität gilt dem Anliegen und den dezentralen Aktionen, die im Rahmen eines neuen Netzwerkes verabredet wurden.“ Hintergrund der geplanten Aktionen sind die Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter dem Titel „Rechtsvereinfachungen im SGB II“. Dort steht einigen wenigen positiven Veränderungen zugleich eine lange Liste teils drastischer Rechtsverschärfungen gegenüber.

„Die Verlängerung des Regelbewilligungszeitraums, die Abschaffung des Sanktionssonderrechts für unter 25-Jährige und einige andere gute Details dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geplanten Veränderungen das Sanktionsregime und Sonderrecht im SGB II zementieren. Der Vorschlag, zukünftig 50 Euro bis 100 Euro pro vermeintlichem Vergehen zu kürzen, gefährdet in vielen Fällen bewusst das Existenzminimum, wie auch das zuständige Bundesministerium einräumt. Aus meiner Sicht ist dies nur eines von vielen Beispielen im geplanten Rechtsverschärfungsgesetz, wo die Menschenwürde zur Disposition steht“, kritisierte die Landtagsabgeordnete. ■

## Verzahlt mit organisierter Kriminalität

Anlässlich der Anklageerhebung gegen Tino Brandt u. a. wegen Förderung der Prostitution verwies MdL Katharina König auf vielfältige Verwicklungen zwischen der Thüringer Neonazi-Szene und der organisierten Kriminalität. So gebe es gegen Brandt und auch den ebenfalls bekannten Nazi Thomas Diemel Ermittlungen wegen des Verdachts des organisierten Versicherungsbetruges. Auch das Thema Prostitution spiele bei Nazikadern immer wieder eine Rolle. Erst im Mai seien mehrere ehemalige Kader des neonazistischen Thüringer Heimatschutzes, dem Brandt vorstand, wegen eines Überfalls auf einen Geldtransporter 1999 in Pößneck verurteilt worden. Das Geld aus dem Überfall soll in ein Bordell in Rudolstadt geflossen sein, das durch die Neonazis betrieben wurde. „Die Vielzahl der Fälle offenbart eine anscheinend enge Verzahnung zwischen organisierten Kriminellen und Neonazi-Strukturen, die anscheinend bis in die 90er Jahre zurückreicht“, sagte die LINKE-Abgeordnete.

Neben der konsequenten Strafverfolgung scheinere daher eine politische Aufarbeitung und Beleuchtung dieser Zusammenhänge auch im Hinblick auf die Netzwerke des NSU unerlässlich. „Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass sich der neue Untersuchungsausschuss nach NSU auch mit der Frage der Verstrickungen von Neonazi-Szene und organisierter Kriminalität auseinandersetzen wird“, kündigte Katharina König an. ■

## Kinderweihnachtsfeier auch 2014

Auch in diesem Jahr wird es in Arnstadt eine Weihnachtsfeier für Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Flüchtlingsfamilien geben, so informierte der Arnstädter LINKE Landtagsabgeordnete Frank Kuschel.

In den vergangenen Jahren hatte der Arnstädter Tafelverein e.V. diese Kinderweihnachtsfeier ausgerichtet. Doch der Verein ist an seinen organisatorischen und finanziellen Grenzen angekommen. Mindestens 150 Kinder bis 12 Jahre, deren Eltern Leistungen der Tafel in Anspruch nehmen müssen, gibt es. Die Anzahl der Kinder hat sich in den vergangenen beiden Jahren nahezu verdoppelt. Für so viele Kinder hat die Tafel auch keine eigenen Räumlichkeiten mehr.

Deshalb hat sich der Verein mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt. Und die Resonanz ist erfreulich.

Auch die Stadtratsfraktion der Arnstädter LINKEN und der Landtagsabgeordnete der LINKEN Frank Kuschel haben auf den Hilferuf reagiert und Unterstützung zugesagt. Am 10. November besuchte Frank Kuschel den Tafelverein und verständigte sich über konkrete Unterstützungsmaßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Kinderweihnachtsfeier.

An erster Stelle steht die Suche eines Raums für mehr als 200 Gäste. Derartige Raumangebote gibt es in Arnstadt nur vereinzelt. Sollten Nachfragen bei privaten Anbietern wie z.B. der Stadtbrauerei erfolglos sein, müss-



ten Räume im Landratsamt oder dem Rathaus genutzt werden. Auch hier wird die LINKE die erforderlichen Absprachen treffen.

DIE LINKE wird auch den Antrag der Tafel auf finanzielle Hilfe aus dem städtischen Haushalt unterstützen. Für soziale Projekte stellt die Stadt jährlich mehr als 10.000 Euro zur Verfügung. Und in diesem Jahr sind diese Mittel noch nicht ausgeschöpft.

Schließlich wird Frank Kuschel gezielt Unternehmen und Institutionen ansprechen und um Sachspenden bitten. Gebraucht werden Kinderspielzeug, Kinderkleidung und natürlich weihnachtsspezifische Süßigkeiten. Wer unterstützen will, sollte sein Angebot an die Mail [kuschel@die-linke-th.de](mailto:kuschel@die-linke-th.de) schicken.

Zur geplanten Kinderweihnachtsfeier wird der Weihnachtsmann jedem Kind ein Weihnachtspäckchen überreichen können. Der Besuch des Weihnachtsmannes ist insbesondere für Kinder aus Flüchtlingsfamilien etwas ganz Besonderes, auch weil es Weihnachten in dieser Form in ihren Heimatländern nicht gibt. ■

## DAS THEMA

# RedRoXX - zehn Jahre Thüringen „gerockt“

Ein ganz besonderes Jubiläum galt es jetzt zu feiern, denn zehn Jahre gibt es das RedRoXX in Erfurt nun schon. Am 2. Oktober 2004 war mit einem Rote-Brause-Empfang das Jugendwahlkreisbüro der damaligen jüngsten PDS-Landtagsabgeordneten Matthias Bärwolff und Susanne Hennig unweit des Angers in Erfurt, an der Pils 29, eröffnet worden. Damals wie heute heißt es „RedRoXX – wir rocken Thüringen“ – ein offenes, junges Projektbüro, ein Markenzeichen der LINKEN in der politischen Landschaft Erfurts, Stützpunkt für Leute, die Alternativen entwickeln und leben wollen, Knotenpunkt von Information und Austausch.

„10 Jahre gibt es das Jugendbüro RedRoXX in Erfurt nun schon. Viel Zeit, in der wir in Vielem mitgemischt und vieles organisiert haben: Veranstaltungsreihen zu Jugendszenen und zum Frauen-Kampftag, der Kampf ums Besetzte Haus, diverse Anti-Nazi-Aktionen, waren aktiv im OB-Wahlkampf, beherbergen die Linksjugend-[solid-Geschäftsstelle, unterstützen Kinderfeste, die Jugendhilfe, die Kommunalpolitik, thematisierten den fahrscheinfreien Nahverkehr, SingStar-Party's, stemmten die Campus Tour, waren bei Anti-Castor-Protesten, Vorlesetagen und, und, und...“

Vielfalt war schon immer unsere Stärke und die nötige Portion Spaß immer an unserer Seite“ – so hieß es in der Einladung zur Geburtstagsparty,

die am 15. November von zahlreichen Gästen gefeiert wurde. Unter ihnen VertreterInnen der Gewerkschaftsjugend, ehemalige PraktikantInnen – 68 sollen es im Laufe der Jahre insgesamt gewesen sein, wie Matthias Bärwolff sagte –, GenossInnen und SympathisantInnen und auch Bodo Ramelow und seine Frau Germana, die sich hier beim „Rote-Brause-Empfang“ vor zehn Jahren nähergekommen waren.

Die vielfältigen Aktivitäten waren in den letzten 10 Jahren auch immer mit dem ganzen Team und Umfeld des RedRoXX verbunden. Letztlich waren aber Matthias Bärwolff und Susanne Hennig-Wellsow GarantInnen für ein solch buntes und offenes Büro. Matthias ist seit Ende September frei von dieser Verantwortung – nach zehn Jahren als Landtagsabgeordneter der LINKEN war er nicht wieder bei den Wahlen angetreten und studiert jetzt sehr engagiert an der Fachhochschule Erfurt Stadt- und Raumplanung. Und mit Christian Schaft ist ein neuer Jugendabgeordneter in das RedRoXX eingestiegen.

## Das erste Sozialforum maßgeblich unterstützt

Susanne Hennig-Wellsow, als Landesvorsitzende der LINKEN und in den Koalitionsverhandlungen für Rot-Rot-Grün stark eingebunden, nutzte die



Ausstellungstafeln mit Artikeln, Fotos, Plakaten und Dokumenten zeichnen die Entwicklung des Jugendwahlkreisbüros RedRoXX in den vergangenen zehn Jahren nach – ein lebendiges Bild eines gelungenen Projekts. Foto: Peter Lahn

Gelegenheit, dem ganzen Team, dem sie momentan aus verständlichen Gründen nicht immer so zur Seite stehen kann wie bisher, zu danken. „Vor zehn Jahren sind wir mit dem Anspruch angetreten, transparente Politik machen zu wollen. Und ich denke, das ist uns gelungen. Wir haben viele Leute animiert, mitzumischen, sich politisch in dieser oder jener Form einzubringen. Wir sind gegen Nazis gestanden und haben unzählige politische Bildungsveranstaltungen organisiert“, be-

tonte die Landtagsabgeordnete. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang auch daran – und nannte namentlich Steffen Kachel –, dass das RedRoXX die Durchführung des ersten deutschen Sozialforums in Erfurt maßgeblich mit unterstützt hatte. Unter dem Motto „Die Chance zur Umkehr“ hatten sich im Juli 2005 fast 200 Basisinitiativen in der thüringischen Landeshauptstadt getroffen, um „einen deutlichen Kontrapunkt zur Berliner Politik zu setzen“.

## Treffen der Archivare der LINKEN in Erfurt: Geschichte schreiben und „erfassen“

Am 13. November fand bei der Landtagsfraktion der LINKEN in Erfurt ein Treffen der Archivarinnen und Archivare der Fraktionen bzw. der Landesverbände und der Bundestagsfraktion der LINKEN statt, die unter dem Dach der Rosa Luxemburg Stiftung für das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) tätig sind und sich regelmäßig verständigen.

Für Thüringen nahmen Elke Pudszuhn, Archivarin beim Landesverband, und Dr. Wolfgang Geist, Archivar bei der Landtagsfraktion, an der Beratung teil. Beide sind vom Fach, bestens qualifiziert für die kritische Quellenerfassung und üben diese Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Themen der Erfurter Beratung mit einem Rundgang durch den Landtag und einen Besuch im Landtags-Archiv waren die Erschließung digitaler Quellen, Bericht über die Anfertigung eines Findbuches zur Überlieferung aus Mecklenburg-Vorpommern und der Umgang mit sensiblen Daten, wie Dr. Wolfgang Geist Auskunft gab. „Es wird Zeit, das, was vorhanden ist, zu retten“, betont er und denkt dabei an solche Primär-Quellen, wie Protokolle aus der Fraktionsarbeit oder Zuarbeiten für die Ausschüsse, aber auch Sachzeu-



gen, z.B. Transparente oder Plakate, gehören dazu.

Mit der Erschließung des überlieferten Schriftgutes wurde erst begonnen, jetzt kann es auch an die Erfassung der letzten Legislaturperioden gehen. Erste Abgaben erfolgten schon, es bleibt aber noch viel zu tun.

Es sei doch sehr interessant für spätere Geschichtsforscher, an Hand von Original-Dokumenten nachzuvollzie-

hen, wie der Weg in Thüringen, in der Fraktion und im Landesverband, zu Rot-Rot-Grün und den ersten LINKEN Ministerpräsidenten war, betont der Historiker. „Wer hat was, wo und wann schriftlich festgehalten – die Herkunft der Quelle ist ganz wichtig“, sagt Wolfgang Geist und wirbt immer wieder für die notwendige Sensibilität bei den Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Allerdings, so räumt er ein, sei das Verständnis für die spätere historische Forschung unterschiedlich ausgeprägt. Wer denkt schon an die Nachwelt in der politischen Alltags-Hektik.

Wie hilfreich gute Archive sind, haben sie auf der Beratung in Erfurt am Beispiel des sogenannten Findbuches von Mecklenburg-Vorpommern, des höchsten Ergebnisses archivarischer Arbeit, eindrucksvoll nachvollziehen können. Ein Anspruch, der besonders auch jetzt für Thüringen gilt, wo – „wieder einmal“, wie der Historiker und Archivar Dr. Wolfgang Geist betont – im besten Sinne des Wortes Geschichte geschrieben wird.

## Das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS)

Das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) der Rosa Luxemburg Stif-

fung hat die Aufgabe, Quellen zur Entwicklung der Partei DIE LINKE und ihrer beiden Quell-Organisationen, der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), zu sammeln, zu erschließen, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es übernimmt vor allem Unterlagen der Partei DIE LINKE, Unterlagen der Bundestags-, Europaparlaments- und Landtagsfraktionen dieser Partei und ihrer Abgeordneten sowie Nachlässe und Deposita.

Das ADS wurde Mitte 1999 eingerichtet und ist damit das jüngste Archiv unter den Archiven der parteinahen Stiftungen. Die ältesten Unterlagen sind jene vom Sonderparteitag der SED/PDS im Dezember 1989. Alle Unterlagen der SED vor diesem Stichtag sind in der Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und anderen Einrichtungen zu finden.

Als kollektives Gedächtnis der politischen Grundströmung eines Demokratischen Sozialismus und der Partei DIE LINKE stellt das ADS Dokumente für eine wissenschaftlich und publizistisch interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

# Alternative Unterstützung

Beachtliche Spenden-Tätigkeit der Alternative 54 e.V. /Eine-Million-Grenze bald erreicht

Über all die Jahre hat es sich in Thüringen landauf, landab herumgesprochen: Es gibt da einen Verein der LINKEN Landtagsabgeordneten, an den man sich wenden kann, wenn finanzielle Hilfe für gemeinnützige Initiativen und Projekte gefragt ist - und die wird immer mehr gebraucht, Anträge an den Verein häufen sich.

Daher gab es auch bei der neuen Linksfraktion keine Frage: Dieser ganz besondere Abgeordnetenverein, der sich 1995 aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Paragraph 54 der Landesverfassung gegründet hatte und in den die Abgeordneten einen Teil ihrer Diäten als Mitgliedsbeiträge einzahlen, wird natürlich weitergeführt. Zum aktuellen Stand der Arbeit schrieb die Mitarbeiterin Maria Funke folgenden Beitrag für den Parlamentsreport:

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN Diana Skibbe, die zugleich Vorsitzende des Abgeordnetenvereins Alternative 54 ist, hat gleich mehrfachen Grund zur Freude. „Wir haben mit 40 Personen im Monat November den höchsten Mitgliederbestand in unserer Geschichte. Alle neuen Abgeordneten sind Mitglied der Alternative 54 Erfurt e.V. geworden und auch die Mehrzahl der ausgeschiedenen MdL sowie wei-



Im September überreichte die Altenburger Landtagsabgeordnete der LINKEN Dr. Birgit Klaubert der THW-Jugend, die den ersten Platz beim Kreiszeltlager der Jugendfeuerwehr im Altenburger Land gewonnen hat und auch das ganze Jahr über tolle Arbeit leistet, eine Spende der Alternative 54 zur Unterstützung ihrer wichtigen Arbeit.

tere Unterstützerinnen und Unterstützer sind unserem Verein treu geblieben. Damit wird die Basis für die Fortführung unserer erfolgreichen Tätigkeit erweitert.“ Als weiteren positiven Aspekt wies Diana Skibbe auf die Ergebnisse zum 31. Oktober dieses Jahres hin. „Die Alternative 54 Erfurt e.V. hat zum Abrechnungstermin Zuwendungen an 178 Vereine beschlossen. Die Zuwendungssumme des Jahres 2014 betrug 57.070 Euro. Wir haben damit seit Gründung des Vereins Spenden in Höhe von 967.100 Euro erreicht. Das heißt, dass wir zu unserem 20jährigen Gründungsjubiläum im Frühjahr nächsten Jahres die Eine-Million-Euro-Grenze überschreiten. Und dies ausschließlich aus Spenden von LINKE-Abgeordneten des Thüringer Landtags. ■



Dieses Foto mit Datum vom 29. September hatte die Jenaer Landtagsabgeordnete Dr. Gudrun Lukin für die Facebook-Seite der Alternative 54 zur Verfügung gestellt und geschrieben: „Kinder malen ihre Welt 'Mauern durchbrechen! Grenzen überwinden!' Die Alternative 54 e.V. unterstützte den Malwettbewerb gern.“

## Nordhausen: Gedenken an Ludwig Einicke

Am 27. Oktober übergab die LINKE-Landtagsabgeordnete Katja Mitteldorf im Namen des Vereins Alternative 54 e.V. einen Spenden-Scheck an das Deutsche Mauthausen Komitee Ost e.V., ein Zusammenschluss von AntifaschistInnen innerhalb der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der BRD“ (VVN - BdA), für eine Gedenkveranstaltung für den antifaschistischen Widerstandskämpfer Ludwig Einicke aus Nordhausen. Entgegen genommen wurde der Scheck von Dr. Ludwig Einicke, einem Neffen des im Jahre 1975 verstorbenen Widerstandskämpfers.

Aus Anlass seines 110. Geburtstages war am 18. Oktober im Ratssaal des Bürgerhauses ein Kolloquium veranstaltet worden, das unterstützt wurde u.a. auch von der Rosa Luxemburg Stiftung und vom Nordhäuser Verein „Bürger gegen Rechtsextremismus“. Unter den Teilnehmern waren vor allem Jugendliche und MultiplikatorInnen antifaschistischer Arbeit. Auf der Veranstaltung wurde ein durch Schülerinnen und Schüler aus Bleicherode gedrehter Dokumentarfilm über den Nordhäuser Ludwig Einicke gezeigt.

Es wurden Referate zu den Themen „Extremismus/Neofaschismus in Thüringen“ sowie „Erinnerungspolitik/Erinnerungskultur nach den Zeitzeugen“ gehalten. Dazu sprachen die Thüringer LINKE-Bundestagsabgeordnete Martina Renner, der Historiker Prof. Man-



Scheckübergabe an dem Ort in Nordhausen, wo einst das Haus von Familie Einicke stand. Im Foto die Abgeordnete Katja Mitteldorf und Dr. Ludwig Einicke, Neffe des Widerstandskämpfers.

fred Weißbecker und Prof. Peter Gstetter, gehalten, welche in Diskussionsrunden mündeten.

Am darauffolgenden Sonntag wurden alle Teilnehmer dieses Kolloquiums, das im Rahmen der Reihe Erinnerungen an ehemalige deutsche Häftlinge des KZ Mauthausen unter dem Motto „Wer keine Erinnerung hat, hat keine Zukunft“ stattfand, zu einer Führung durch die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora eingeladen. ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Ahnengalerie

Wer für die CDU Ministerpräsident/-in in Thüringen war.

Josef Duchac („Clown Ferdinand“), seit 1957 in der DDR-CDU. Rücktritt, u.a. war bekannt geworden, dass er mit einer Folkloregruppe in einem Stasi-Erholungsheim aufgetreten war. Bernhard Vogel besuchte im April 1988 Erich Honecker. Äußerte dort: „Eine stabile DDR unter Ihrer Führung ist der beste Weg zur Fortsetzung des eingeschlagenen Weges in den Beziehungen.“ Dieter Althaus („Wendehals mit Orden“), seit 1985 in der DDR-CDU, stellvertretender Direktor einer POS für „Außerunterrichtliche Tätigkeit“ (u.a. Pionierorganisation, FDJ, GST, Jugendweihe - Mitglied im Bezirksausschuss -, Nachwuchsgewinnung für militärische Berufe).

In einem Redemanuskript fragte er Ende August 1989, wie es zu schaffen sei, „unseren Schülern die Werte des Sozialismus als moralisch erstrebenswert erkennen und erleben zu lassen, um sich dafür zu entscheiden und entsprechend zu handeln?“ Noch im Sommer 1989 mit der „Medaille für hervorragende Leistungen bei der kommunistischen Erziehung in der Pionierorganisation Ernst Thälmann in Gold“ ausgezeichnet (nahm sie nach eigenen Angaben in Berlin nicht an, aber die damit verbundene Geldprämie von 500 Mark; ein früherer Mitarbeiter der FDJ-Bezirksleitung Erfurt beeidete, bei einer Nachverleihung anwesend gewesen zu sein). Mit Althaus trat die CDU Thüringen 2009 mit einem wegen fahrlässiger Tötung (Ski-Unfall) verurteilter Spitzenkandidat an.

Christine Lieberknecht, seit 1981 in der DDR-CDU (für Pfarrer sehr ungewöhnlich), war während des Studiums FDJ-Sekretärin und arbeitete in der Christlichen Friedenskonferenz mit (Bundesinnenministerium: „kommunistisch beeinflusste Organisation zur Unterstützung der sowjetischen Außenpolitik“). ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.